



Gemeinsame Pressemitteilung der Jungen Union, Jusos, Grüne Jugend und Julis Stuttgart

## Parteijugenden von CDU, SPD, GRÜNE und FDP schockiert über rechtsextreme Gewalttat in Stuttgart

***Demokraten müssen die Gefahr von Rechtsaußen wahrnehmen/ Rechtsextremismusbeauftragten gefordert***

Die Junge Union, Jusos, Grüne Jugend und Jungliberale Stuttgart sind schockiert über den rechtsextremen Überfall auf unseren ausländischen Mitbürger aus Sri Lanka in Stuttgart. Glücklicherweise wurde der Täter gefasst. Sein angeblicher Alkoholspiegel entschuldigt die Tat in keiner Weise.

Nicht erst jetzt ist die Politik gefragt. Bisher reagiert sie nur punktuell mit Gelder in kurzfristige Projekte, die nach kurzer Zeit auslaufen und in der Regel nicht verlängert werden. Solche Projekte mindern nur kurzfristig die Problematik.

Vielmehr ist eine langfristige Denkweise gefragt. Rechtsextremismus ist eine Gefahr der Demokratie. Und so muss die Problematik auch als Demokrat ernst genommen werden. Dieses braune Gedankengut muss thematisiert und aufgearbeitet werden. Hierfür können einzelne Projekte nur der Anfang sein. Es Bedarf eines hauptamtlichen Rechtsextremismusbeauftragten bei der Stadt Stuttgart. Die Stuttgarter Jugendorganisationen fordern ihre Mutterparteien im Rathaus einstimmig dazu auf, an den folgenden Haushaltsberatungen, solch eine Stelle einzuplanen. Alles andere wären kurzfristige politische Alibis, die als Kurzschlussbehandlung zu werten ist.

Ein Rechtsextremismusbeauftragter muss Initiator und Unterstützer für Projekte sein, die den Rechtsradikalen entgegenarbeitet. „Exit – Deutschland“ ist ein solches Programm, welches weiter unterstützt werden muss. Es bietet Aussteigewilligen Beratung und Beistand.

Ein Rechtsextremismusexperte muss vor Ort aktiv mitarbeiten. Er soll Ansprechpartner für Jugendhäuser, Lehrer, Polizei und auch der Bürger sein. Gerade an Schulen sind Lehrer oft überfordert, einer rechten Entwicklung unter den Jugendlichen entgegen zu wirken. Die Aufklärung an Schulen ist besonders wichtig. Viele Schüler wissen nicht, was im Dritten Reich geschehen ist.

Auf der anderen Seite sollten Jugendliche informiert werden, wie die neuen Rechten vorgehen. Die neue Problematik, dass Rechte neuerdings Symbole der Linken verwenden und somit auf den ersten Blick nur noch schwer als „rechts“ zu erkennen sind, gilt es anzusprechen. Denn nur wer dieses Wissen hat, kann sich davor schützen.

---

Kontakt:

JuLis:	Julia Spaney	0171 / 65 96 708
Grüne Jugend:	Nico Herden	0163/ 60 70 385
Jusos:	Daniel Campolieti	0152 / 015 932 19
Junge Union:	Fabian Mayer	0175 / 270 30 05